

## **6 Fragestunde**

Bgm. Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, es ist jetzt 12.19 Uhr. Wir kommen zur Fragestunde. Ich darf den ersten Fragesteller, Herrn Gemeinderat Mogel, zum Rednerpult bitten, er stellt seine Frage an Frau Stadträtin Elke Kahr.

***Beginn Fragestunde: 12.19 Uhr***

### **6.1 Frage 1: Entfernung illegal abgestellter Lastenräder (GR Mogel, FPÖ an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

GR Mogel:

Liebe Zuseher an den Bildschirmen, hoher Gemeinderate, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin. Graz ist eine wirklich fahrradfreundliche Stadt. Vor allem den Ausbau der Radwege lässt uns wirklich viel kosten. Außerdem gibt es Förderungen in vielen Varianten, wie z.B. auch die Lastenräder zu fördern. Zum einen wird die Anschaffung gefördert, zum anderen besteht die Möglichkeit, diese über unser eigenes Carsharing und Ausborgemodell tim Lastenräder gratis sich ausborgen zu können. Umso unverständlicher ist es, nämlich wirklich unverständlich ist es, ausgerechnet solche Lastenräder dazu zu verwenden, in absichtlich provokanter Art und Weise Parkplätze zu blockieren, in Wahrheit unerhört, oder mit politischen Parolen diese in Fußgängerzonen herumstehen zu lassen. In solchen Fällen ist es, nach erfolgloser Aufforderung das Lastenrad zu entfernen, notwendig, eine Unterlassungsklage einzubringen. Das ist der normale Weg. Ich stelle jetzt an Sie, liebe Verkehrsstadträtin, folgende

**Frage**

im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs:

Was unternehmen Sie als zuständige Verkehrsstadträtin, um illegal abgestellte Lastenräder in Zukunft zu entfernen (Appl.)?

**Originaltext der Frage:**

*Ein Lastenrad mag für einige Grazer Bürger eine gute und sinnvolle Alternative zu einem PKW sein, um Güter von A nach B zu transportieren. Aus diesem Grund gewährt die Stadt Graz einen Zuschuss für die Anschaffung von betrieblich oder privat genutzten Lastenfahrrädern. Über die App „tim Graz Lastenrad“ kann man ein Lastenrad am tim-Mobilitätsknoten Schillerplatz für die Dauer von drei Stunden kostenlos nutzen.*

*Das Lastenrad wurde in letzter Zeit aber auch für die Zurschaustellung der Abneigung gegen den Individualverkehr genutzt. So wurden mehrere umgebaute und damit zweckentfremdete Lastenräder, sogenannte „Parklets“, zur dauerhaften Blockade von PKW-Parkplätzen aufgestellt. Auch zu Wahlkampfständen umgebaute Lastenräder mit politischen Parolen wurden in Fußgängerzonen abgestellt. Eine offensichtliche Zweckentfremdung, die mit dem ursprünglichen Sinn eines Lastenrades nichts gemein hat. In solchen Fällen ist daher nach einer erfolglosen Aufforderung, diese von öffentlichen Verkehrsflächen zu entfernen, eine Unterlassungsklage einzubringen.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

**Anfrage:**

*Was unternehmen Sie als zuständige Verkehrsstadträtin, um illegal abgestellte Lastenräder in Zukunft zu entfernen?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, erstens einmal möchte ich mich ganz herzlich bedanken für das Lob, dass in unserer Stadt Graz sehr viel für den Radverkehr gemacht wird. Dieses Lob gilt nämlich in erster Linie den Kolleginnen und Kollegen in der Verkehrsplanung und natürlich auch dem Umweltamt, die die von Ihnen angesprochene Lastenräder auch gut unterstützen und fördern. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, und ich denke, dass wir darüber auch sehr froh sind. Bezogen auf Ihre Frage, wie das ist mit den Lastenrädern, die im öffentlichen Raum fahren und wo sie abgestellt werden, ist es ja ganz klar und logisch, deswegen kann ich das ganz einfach beantworten, das Straßenamt, also die Behörde, hat zu prüfen, ob es sich um legales oder nicht legales Abstellen handelt, und da gibt es zwei Grundlagen, auf der einen Seite die StVO und auf der anderen Seite das Landesstraßenverwaltungsgesetz. Das sind die Grundlagen, die das Straßenamt als Behörde heranzieht und dementsprechend auch behandelt und urteilt (*Appl.*).

**GR Mogel:**

Jetzt sind Lastenräder, gerade wenn man sie so an manchen Beispielen sieht, ja ausgebaut wie kleine Lastenzüge von den Raummaßen her. Gibt es da die Möglichkeit, hier vermehrt solche wegzuräumen oder kann man da auch nichts machen?

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Erfreulicherweise haben wir diese Situation in Graz noch nicht, ich sage bewusst noch, weil wenn die Entwicklung bezüglich Lastenräder so gut weitergeht, was ja absolut zu befürworten ist, müssen wir, und da sehe ich vor allem die Herausforderung, schauen: Welche Plätze schaffen wir auch im öffentlichen Raum für die doch nicht gering ausgebauten oder voluminöseren Lastenräder? Und da sehe ich die Herausforderung, und diesbezüglich hat auch die Kollegin Urban das schon letztes Jahr in der Verkehrsplanung als Aufgabe, weil ich sie auch ersucht habe zu schauen, wie wir hier

ein Stellplatzkonzept in der Stadt Graz für Lastenräder schaffen können. Derzeit ist es erfreulicherweise nicht so, dass die Notwendigkeit besteht, z.B., was ja ein Problem wäre, wenn Lastenräder auf taktilen Leitlinien sind oder wirklich jetzt auch verkehrsbehindernd stehen, da ist Gott sei Dank genug Respekt und Umsicht gegeben von den BenutzerInnen (*Appl.*).

**6.2 Frage 2: Regenbogenzebrastreifen im Kreuzungsbereich vor dem Kunsthaus (GR Mag. Kuhn, Grüne an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

GR Mag. **Kuhn**:

Einen schönen happy Pride an alle hier im Raum und draußen, die zuhören und uns sehen. Mein Thema bezieht sich auf die Regenbogenzebrastreifen. Wir sind ja im Pride-Monat, ich habe schon an diese Stelle ganz oft gesagt, dass es ganz wichtig ist das Sichtbarmachen von Dingen, das Sichtbarmachen eben vom Thema Homosexualität, Transgender, Sichtbarmachen von Gleichstellung von Mann und Frau, Sichtbarmachen von Beeinträchtigung, alles was sichtbar in der Öffentlichkeit ist, das ist wichtig, das wird diskutiert und da können wir weitervorankommen. Viele Länder machen das schon, ihr wisst es eh, Regenbogenzebrastreifen, Parkbänke oder auch die Regenbogenfahnen, und das nicht nur in den klassischen queer-friendly Ländern wie Schweden oder den Niederlanden, nein, auch in Österreich, Regenbogenzebrastreifen gibt es schon in Wien, in Innsbruck, Linz, Villach, und da wäre es auch an der Zeit, auch bei uns einen Regenbogenzebrastreifen sozusagen erstrahlen zu lassen. Ich weiß von dir, dass du dem prinzipiell sehr positiv eingestellt bist oder sehr positiv eingestellt bist, deshalb meine

**Frage**

an dich:

Bist du bereit, noch in diesem Monat einen Regenbogenzebrastreifen im Bereich Erzherzog-Johann-Brücke/Ecke Kunsthaus errichten zu lassen, um die Sichtbarkeit von queerem Leben in der Menschenrechtsstadt Graz zu stärken?

**Originaltext der Frage:**

*Das Sichtbarmachen queerer Themen in öffentlichen Bereichen ist ein nicht unwesentlicher Bestandteil, um die Akzeptanz homo-, bi-, trans- und intersexueller Menschen zu stärken. Aus diesem Grund hissen viele Städte Regenbogenfahnen, stellen CSD-Sitzbänke auf oder lassen Zebrastreifen in Regenbogenfarben erstrahlen. Nicht nur in klassischen queer-freundlichen Ländern wie Dänemark, den Niederlanden oder Schweden, sondern auch in Österreich. Wien, Innsbruck, Linz oder Villach haben bereits einen oder mehrere Regenbogenzebrastreifen. Diese sind verkehrssicher und gleichzeitig ein Symbol der Vielfalt.*

*Was in Linz, Innsbruck oder Wien laut Straßenverkehrsordnung möglich ist, sollte auch in Graz funktionieren. Zusätzlich wäre dieser Zebrastreifen ein touristischer Input für eine offene Stadt. Dass in Graz noch immer kein Regenbogenzebrastreifen errichtet wurde, verstehen viele Menschen nicht. Es ist ein Armutszeugnis, dass Graz als Menschenrechtsstadt die Symbole des Regenbogens nach wie vor nicht dauerhaft sichtbar macht. Eine Beleuchtung des Uhrturms, in dem einzelne Regenbogenfarben hintereinander und auch nur in den späten Nachtstunden projiziert werden, ist keine Alternative. Leider ist mittlerweile auch die Möglichkeit der Beflaggung der Herrengasse mit CSD-Fahnen nicht mehr möglich, sie wurde erst kürzlich durch einen mehrheitlichen Beschluss im Stadtsenat abgeschafft.*

*Ein sichtbarer Regenbogenzebrastreifen direkt im Zentrum der Stadt Graz vor dem Kunsthaus wäre zwar ein kleiner, aber deutlich sichtbarer Beitrag und ein wichtiges Signal im Pride-Monat. Darüber hinaus muss Aufklärungs- und Diskriminierungsarbeit natürlich weiterhin kontinuierlich geleistet werden. Daher richte ich an dich folgende*

**Frage:**

*Bist du bereit, noch in diesem Monat einen Regenbogenzebrastreifen im Bereich Erzherzog-Johann-Brücke/Ecke Kunsthaus errichten zu lassen, um die Sichtbarkeit von queerem Leben in der Menschenrechtsstadt Graz zu stärken?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Gemeinderat, lieber Gerald, sehr gerne. Ich kann es ganz kurz machen, ich habe 2019 mit meinem Amt, mit dem Straßenamt, diesbezüglich ja auch schon geredet. Das ist schlichtweg eigentlich in der Fülle der Arbeit untergegangen. Ich sage es so wie es ist, wir haben es vergessen gemeinsam, und deshalb bin ich auch froh, dass du es wieder in Erinnerung rufst, und ich habe mir meiner Behörde auch schon darüber gesprochen und wir werden einen Regenbogenzebrastreifen an der gewünschten Örtlichkeit anbringen lassen. Das Einzige, das ich dir nicht versprechen kann, ist, dass wir es noch in diesem Monat schaffen, weil natürlich die KollegInnen der Holding Graz, die die Markierungen anbringen, ja auch die Farbe besorgen müssen, und ob sie das schaffen im Juni, das kann ich dir nicht versprechen. Aber im Juli ist es definitiv umsetzbar, und ich freue mich selber darüber, ein Regenbogen ist etwas Schönes und ich denke, es ist höchste Zeit, dass wir den vom Himmel auf die Erde holen (*Appl.*).

**GR Mag. Kuhn:**

Großartige Nachricht. Nur noch zum Nachtrag noch, es ist auch deshalb ganz wichtig, weil wenn wir nach Ungarn schauen, was dort abgeht und was dort passiert, ist es umso wichtiger, dass wir hier Zeichen setzen und auch eine Solidarität zeigen mit der queeren Bewegung in Ungarn. Vielen lieben Dank, Elke (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Herr Gemeinderat, bitte keine Wechselrede am Rednerpult starten, sonst kommen vielleicht auch die einen oder anderen auch nicht mehr dran. Ich darf nun den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister übergeben, da die nächste Frage an mich gestellt wird.

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.27 Uhr).***

**6.3 Frage 3: Verkehrserschließung Amazon-Verteilzentrum, Bahnanschluss (KO GR Ehmann, SPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

KO GR **Ehmann**:

Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren ZuhörerInnen im Livestream. Die geplante Ansiedlung eines Amazon-Verteilzentrums in Liebenau sorgt nach wie vor für große Verunsicherung. Vor allem die unmittelbaren AnrainerInnen befürchten durch den LKW-Zulieferverkehr, der angeblich nahezu rund um die Uhr erfolgen soll, enorme Belastungen. Zumindest für ein wenig Entlastung könnte durchaus beim Verteilerzentrum ein entsprechender Bahnanschluss sorgen, es wäre nämlich die Ostbahn dort in der Nähe gelegen, und da würde es sich anbieten, dass zumindest der Umstieg bei der Zulieferung zum Verteilerzentrum auf der Schiene endet, und da gibt es durchaus Hoffnung, denn im Zuge einer möglichen UVP-Prüfung, da ja meines Wissens nach noch nicht feststeht, könnte so etwas erfolgen bzw. im Kontext auch mit einem dort durchzuführenden Bebauungsplan, denn es ist ja, soweit meine Kenntnis reicht, eine Bebauungsplanpflicht für diesen Bereich vorgeschrieben, und hier könnte dann durch den Bebauungsplan ja auch sowas über die Stadt vorgegeben werden können. Das heißt, ich komme zur

**Frage:**

Inwieweit kann bei einem Projekt wie dem geplanten Amazon-Verteilzentrum in Liebenau – etwa im Kontext mit einem Bebauungsplan – zwingend die Errichtung eines Bahn-Anschlusses durch den Projektwerber verlangt werden, um so die Belastung der AnrainerInnen durch den LKW-Zulieferverkehr zu verringern?

**Originaltext der Frage:**

*Die geplante Ansiedlung eines Amazon-Verteilzentrums in Liebenau sorgt nach wie vor für große Verunsicherung: Vor allem die unmittelbaren AnrainerInnen befürchten durch den LKW-Zulieferverkehr, der angeblich nahezu rund um die Uhr erfolgen soll, enorme Belastungen. Zumindest für ein wenig Entlastung könnte in dem Zusammenhang der Umstieg auf die Schiene sorgen – konkret ein direkter Bahnanschluss für das Verteilerzentrum, was angesichts der nahe gelegenen Ost-bahn-Geleise durchaus im Bereich des Machbaren sein sollte. Hoffnung setzt man jetzt unter anderem darauf, dass ein solcher Bahnanschluss unter Umständen – etwa im Zuge einer möglichen UVP-Prüfung bzw. im Kontext mit einem Bebauungsplan – sogar vorgeschrieben werden könnte.*

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die*

**Frage:**

*Inwieweit kann bei einem Projekt wie dem geplanten Amazon-Verteilzentrum in Liebenau – etwa im Kontext mit einem Bebauungsplan – zwingend die Errichtung eines Bahn-Anschlusses durch den Projektwerber verlangt werden, um so die Belastung der AnrainerInnen durch den LKW-Zulieferverkehr zu verringern?*

Bgm. Mag. **Nagl**:

Geschätzter Herr Klubobmann, hoher Gemeinderat, die Fragen, die du stellst oder die Überlegungen, die du anstellst, zeigen mir, dass wir wirklich einen großen Kommunikationsbedarf haben und dass unter Umständen auch dadurch viel Verunsicherung bei der Bevölkerung entstanden ist. Und ich darf dieses Thema vielleicht von ein paar Gesichtspunkten aus beleuchten. Ganz, ganz wichtig ist, Amazon baut nur dort ein Auslieferungslager, wo sehr, sehr viele Menschen auch Amazon für ihren Einkauf benutzen. Das heißt, wenn ein solches Lager kommt, ist weder die Politik noch die Verwaltung schuld, sondern jene Menschen, die durch ihr Konsumverhalten im Internet den Regionalhandel unter Druck bringen, aus meiner Sicht auch schwer schädigen. Wir haben genügend Leerstand in allen Einkaufszentren und in den Ortszentren, und das ist ein, wenn ich es so sagen darf, keine erfreuliche Geschichte, aber das Verhalten der Menschen führt dazu, dass Unternehmen, die dann auch weltweit kaum Steuern bezahlen, sehr viel Müll verursachen, etc. uns das Leben erschweren. Da hilft nur eines, immer wieder auch den jungen Menschen, aber mittlerweile auch vielen Älteren und älter gewordenen Menschen zu sagen: Kauft bitte regional, und wenn es geht, auch im Internet regional. Ich freue mich auch sehr, dass die G7-Staaten jetzt begonnen haben, diese großen Internetriesen auch steuermäßig einmal anders zu betrachten, und wir vielleicht einmal wieder zu einer Waffengleichheit mit dem sonst ordentlichen üblichen Handel zu bringen. Das heißt, es hat überhaupt niemand, glaube ich, hier im Gemeinderat eine große Freude, dass es diese Entwicklung gibt. Und jetzt komme ich wirklich zum Grundstück und zu den Problemsituationen, und da gibt es drei Sichtweisen. Für die Beurteilung muss man sich drei Dinge ansehen, nämlich das Stadtentwicklungskonzept, den Fläwi-Plan und den Bebauungsplan. Erstens, Liegenschaften sind seit dem ersten Flächenwidmungsplan der Stadt Graz, also seit dem Jahre 1982, als Aufschließungsgebiet ausgewiesen, in dem Fall Industrie- und Gewerbegebiet, unter anderem mit dem Aufschließungserfordernis der sogenannten äußeren Anbindung, die bedeutet, es braucht ein Verkehrsgutachten. Wenn aus diesem Verkehrsgutachten eine Anbindung an das Bahnnetz jemals erforderlich gewesen wäre, hätte man dies

fordern können, wenn die Bahntrasse direkt an das Planungsgebiet angrenzt. Eine Anbindung an eine zumal nicht an dem Planungsgebiet angrenzende Bahntrasse kann für das Areal gemäß dem Steiermärkischen Raumordnungsgesetz nicht festgelegt werden. Das heißt, das ist a) gar nicht möglich, b), und da muss man sich die Frage stellen, wenn es möglich wäre, was würde das bedeuten? Das würde, wenn du dir Bahngleise anschaut, bedeuten, dass dieses Bahngleis durch das Wohngebiet führen müsste. Ich glaube nicht, dass irgendein Anrainer eine große Freude hätte, wenn in seiner Nachbarschaft plötzlich ein Bahngleis verlegt werden würde und täglich dort dann auch Züge anrollen würden. Darüber hinaus muss man sich auch die Geländeformation dort vorstellen, das hieße, dass wir in einer ganz kurzen Strecke eine Fünf-Meter-Dimension zu überwinden hätten. Was das für Waggon, aber vor allem für die Zugmaschinen bedeutet und den Lärm, also, wenn ich es so sagen darf, die Idee, die du einbringst, kann maximal als ein Verhinderungsgrund gesehen werden, aber sicher nicht eine tatsächliche Lösung sein. Vor 23 Jahren, also im Jahr 1998, wurde der Bebauungsplan für dieses Grundstück rechtskräftig hier im Gemeinderat beschlossen. Der Beschluss damals im Übrigen war einstimmig, das heißt, alle Fraktionen, die damals dabei waren, haben einen Bebauungsplan schon gemacht. Weil du gesagt hast, dass dort Bebauungsplanpflicht entsteht, die gab es dort, der Bebauungsplan ist da, und einen Bebauungsplan erneut aufzulegen, geht nur, wenn sich die Sachlage vollkommen geändert hätte. Also eine Aufhebung eines Bebauungsplanes und Rückführung in ein Anschließungsgebiet wäre nur möglich, wenn sich entweder die Sach- oder die Rechtslage ändern würde. Das sehen alle Experten in der Verwaltung nicht. Viertens, ich habe durch die Präsidialabteilung, wie du es richtigerweise erwähnt hast, eine Anfrage an das Land gemacht zur Überprüfung der UVP-Pflicht, und das habe ich in die Wege geleitet, dieses UVP-Feststellungsverfahren läuft gerade, und ich bin sehr gespannt, ob es hier eine Auflage des Landes geben wird oder nicht. Fünftens, in der Bau- und Anlagenbehörde liegt jetzt ein Einreichprojekt auf, die Bearbeitung dieses Projektes ist bis zur Entscheidung des UVP-Feststellungsverfahrens gestoppt, also im Moment kann Amazon, oder wer auch immer für Amazon dort baut, mit dem Bau nicht beginnen. Die

Bürgerinnen und Bürger, die dort wohnen, waren im Übrigen in meinem Büro und haben eine besonders große Sorge, die ich ihnen aber gleich nehmen konnte, und ich denke nicht, dass die Verkehrsstadträtin das anders sehen würde, als ich es sehe, die Bewohner dort haben ja jetzt, wenn ich sagen darf, von der Autobahn her auch schon relativ viel Lärm und vom Verkehr her, es wird dort ein Wall errichtet, es wird dort eine Halle errichtet, beides schottet Lärm, auch den bestehenden Lärm, dorthin schon ab. Die große Sorge der Wohnbevölkerung vor Ort, die Häuser, die dort direkt angrenzen, ist, dass die Straße, ihre Zufahrtsstraße plötzlich auch durch ein Einfahrtstor oder ein Ausfahrtstor mit Amazon-Fahrzeugen benutzt werden könnte. Es ist von Seiten der Stadt in keinsten Weise auch nur irgendein Ausfahrts- und Einfahrtstor dort vorgesehen, das heißt, wir können ausschließen, dass die Bevölkerung dann plötzlich diese vielen LKWs auf ihrer Straße hätte. Sollte das Vorhaben durch die Bau- und Anlagenbehörde abgewickelt werden, also angenommen, es kommt keine UVP, muss sich das Umweltamt mit der Fragestellung hinsichtlich der Belästigung durch Lärm und Luftschadstoffe auseinandersetzen und das ist dann die einzige Möglichkeit, wo wir noch ins Projekt eingreifen könnten, sonst haben wir schon vor sehr, sehr langer Zeit, nicht wissend, wer dieses Gewerbegebiet einmal nutzen wird, die Entscheidungen schon getroffen. Das sind vielleicht die wichtigsten Punkte (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Danke, gibt es eine Zusatzfrage?

KO GR **Ehmann**:

Noch viel mehr eine Anmerkung, dafür bin ich ja bekannt, dass ich das nicht so stehen lassen kann. Natürlich ist es Parteien unbenommen, hier Ideen einzubringen, aber ich subsummiere die Antwort, offensichtlich ist es möglich, Ideen einzubringen, aber an Lösungen zu arbeiten sehr unwahrscheinlich. Danke.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

War zwar jetzt auch keine Frage, aber ok.

Bgm. Mag. **Nagl**:

Um nicht gestellte Fragen zu beantworten, ich weiß, was da gemeint war, aber, geschätzter Herr Klubobmann, ich glaube, ich habe ausführlich gesagt, dass diese Idee durch das Wohngebiet führen müsste und ich glaube nicht, dass ein Anrainer Lust auf eine Gleisanbindung dort hat, abgesehen davon müsste man ja dann irgendjemanden enteignen, das ist rechtlich alles nicht möglich und diese Steigungswinkel sind undenkbar. Aber um das positiv abzuschließen, es freut mich, dass du genauso wie wir in großer Sorge bist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dann darunter leiden werden.

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.37 Uhr).***

#### **6.4 Frage 4: Breitbandausbau (GR<sup>in</sup> Reininghaus, Neos an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> **Reininghaus**:

Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer zuhause im Livestream. Ich möchte heute eine Frage an den Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler betreffend Breitbandausbau in Graz stellen. Sehr geehrter Herr Dr. Riegler, es ist Ihnen bekannt, dass die strategischen Ziele der Bundesregierung in Bezug auf den Breitbandausbau bis 2030 wie folgt vorsehen: eine flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabitverbindungen, und alle Stadtgebiete sowie die Hauptverkehrsverbindungen sollen durchgängig mit 5G-Anbindungen versorgt sein. Die Kosten für einen flächendeckenden Glasfaserausbau wurden vom Breitbandbüro des Bundes auf etwa

10 bis 12 Mrd. Euro geschätzt. Wie hinlänglich bekannt, hat die Pandemie zu einem massiven Anstieg des Bandbreitenbedarfs geführt, daher sind die 2019 formulierten Ziele zu hinterfragen bzw. ist der Ausbau vermutlich zu beschleunigen. In der schriftlichen Beantwortung der Frage von Kollegin Gemeinderätin Mag. Pavlovec-Meixner im vergangenen Jahr wurde unter Punkt 3 festgehalten, dass sich die Citycom Telekommunikation GmbH in enger Abstimmung mit dem Eigentümer, also der Holding, mit der Stadt Graz und mit der Stadtentwicklung damit beschäftige, intelligente, technisch innovative und wirtschaftlich vertretbare Lösungen zu erarbeiten und die Versorgungsqualität und -quantität zu heben. Wie sollte das geschehen? Dazu sollten Kooperationen mit anderen Infrastrukturanbietern die investitionsschonende Aufschließung oder auch Nutzung bestehender Infrastrukturen sowie neue technologische Möglichkeiten geprüft werden und etwa Vorleistungsnetzwerke für andere Anbieter angedacht werden. Mir ist schon bewusst, dass der Breitbandausbau heute zum x-ten Mal im Grazer Gemeinderat thematisiert wird, doch ich denke, die Zeit drängt. Die Covid-19-Pandemie hat bekanntlich zu einer Beschleunigung der Digitalisierung geführt, wodurch die Telekommunikationsinfrastruktur zu einer unabdingbaren Voraussetzung für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Graz geworden ist. Daher stelle ich folgende

**Frage:**

Welche konkreten Schritte, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riegler, werden Sie setzen, um eine enge Abstimmung zwischen der Citycom, der Holding als Eigentümerin, der Stadt Graz, sowie der Stadtentwicklung für den Zweck zu bewirken, die Breitbandversorgung in seiner Versorgungsqualität und -quantität zu heben und den GrazerInnen eine flächendeckende, alle Stadtgebiete und Hauptverkehrsverbindungen umfassende Verfügbarkeit von Gigabit-Anbindungen zu gewährleisten?

**Originaltext der Frage:**

*Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, lauten die strategischen Ziele der Bundesregierung in Bezug auf den Breitbandausbau bis 2030 wie folgt: <sup>1</sup>*

- *Flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Anbindungen. (Anmerkung: Dies ist nur durch echte Glasfaseranschlüsse bis in die Nutzungseinheiten (FTTH) realisierbar. DOCSIS 3.1 und 5G können hier maximal Übergangslösungen sein.)*
- *Alle Stadtgebiete sowie die Hauptverkehrsverbindungen sollen durchgängig mit 5G-Anbindungen versorgt sein. (Anmerkung: 5G-Anbindungen erfordern Glasfaseranschlüsse zum "Abtransport" der Daten.)*

*Die Kosten für einen flächendeckenden Glasfaserausbau wurden vom Breitbandbüro des Bundes auf etwa zehn bis zwölf Milliarden Euro geschätzt.*

*Nun hat die Pandemie zu einem massiven Anstieg des Bandbreitenbedarfs geführt, daher sind die 2019 formulierten Ziele zu hinterfragen beziehungsweise der Ausbau wesentlich zu beschleunigen.*

*In der schriftlichen Beantwortung der Frage von Kollegin GRin Mag.a Pavlovec-Meixner im vergangenen Jahr wurde unter Punkt 3 festgehalten, dass sich "die „Citycom-Telekommunikation GmbH“ in enger Abstimmung mit dem Eigentümer und der Stadt Graz, wie auch der Stadtentwicklung, mit neuen technischen Innovationen und Möglichkeiten zur Verdichtung und Hebung der Breitbandversorgung beschäftigt. Es gilt intelligente und wirtschaftlich vertretbare Lösungen zu erarbeiten, um die Versorgungsqualität und -quantität zu heben. Dazu zählen:*

- *Kooperationen mit anderen Infrastrukturanbietern*
- *Investitionsschonende Aufschließung und Nutzung bestehender Infrastruktur*
- *Erprobung neuer technologischer Möglichkeiten sowie*

---

<sup>1</sup> [https://www.bmlrt.gv.at/dam/jcr:b7fc8636-f953-4951-8f6e-0aec9e759a6e/breitbandstrategie2030\\_ua.pdf](https://www.bmlrt.gv.at/dam/jcr:b7fc8636-f953-4951-8f6e-0aec9e759a6e/breitbandstrategie2030_ua.pdf)

- *Vorleistungsnetzwerke für andere Anbieter*

*Mir ist bewusst, dass der Breitbandausbau heute zum wiederholten Male im Grazer Gemeinderat thematisiert wird, doch lässt dies durchaus den Rückschluss zu, dass die Zeit drängt. Die Covid-19-Pandemie hat bekanntlich zu einer Beschleunigung der Digitalisierung geführt, wodurch die Telekommunikationsinfrastruktur zu einer unabdingbaren Voraussetzung für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Graz geworden ist. Daher stelle ich folgende*

**Frage:**

*Sehr geehrter Hr. Stadtrat Dr. Riegler,  
welche konkreten Schritte werden Sie setzen, um eine enge Abstimmung zwischen der Citycom, der Holding als Eigentümerin, der Stadt Graz sowie der Stadtentwicklung für den Zweck zu bewirken, die Breitbandversorgung in seiner Versorgungsqualität und -quantität zu heben und den GrazerInnen eine flächendeckende, alle Stadtgebiete und Hauptverkehrsverbindungen umfassende Verfügbarkeit von Gigabit-Anbindungen zu gewährleisten?*

**StR Dr. Riegler:**

Einen schönen guten Tag, ich freue mich über diese Frage. Ich meine, wir reden ja in diesem Rahmen immer wieder über Breitband und über Digitalisierung, und das gibt dann immer auch eine gute Gelegenheit, einmal den Menschen draußen, an den Computern, die sich via Livestream zugeschaltet haben, ein wenig näher zu erklären, wie das alles genau ist. Denn es ist erfreulich, dass vor ca. 20 Jahren die Stadt Graz begonnen hat, über die Holding Graz, damals noch Stadtwerke, tatsächlich Glasfaserleitungen zu verlegen und zwar in Eigeninitiative, denn grundsätzlich hat es damals niemanden gegeben, der einen dazu verpflichtet hätte. Die Holding Graz und die Vertreterinnen und Vertreter der Holding Graz haben damals aber schon eine

Gesellschaft gegründet, die Citycom, und haben eben gesagt, wenn wir ohnedies aufgraben, wenn wir ohnedies Leitungen verlegen für Strom, für Gas, für Abwasser, dann legen wir doch gleich überall dort, wo wir aufgraben, gleich ein paar Glasfaserbündel mithinein, damit wir dann tatsächlich einen Backbone, einen Breitband-Backbone haben. Damit sind wir im Grunde genommen sehr erfolgreich und ich darf Ihnen gleich als Antwort geben, dass wir ca. 4 Mio. Euro pro Jahr in den Ausbau und in die Verstärkung des Glasfasernetzes investieren. Wichtig sind aber zwei Dinge, die man auch wissen muss: Erstens, es ist grundsätzlich Bundeskompetenz, hier tatsächlich auch für entsprechende Förderungen zu sorgen, und zweitens, wir sind nicht der exklusive Anbieter von Glasfaser, das heißt, wir sind eigentlich Zulieferer, wir liefern gewissermaßen Bandbreite für die großen Telekom-Provider, diese sind bei uns Kunde, und der Endkunde ist dann sozusagen der, der dann einen Vertrag mit A1 oder anderen Telekom-Providern abschließt. Das heißt, ich erkläre das deswegen so dazu, denn wenn Sie z.B. jetzt eine Videokonferenz via Zoom haben und es ruckelt irgendwo, oder es funktioniert irgendwo nicht so gut, dann ist nicht automatisch gesagt, dass das etwa ein Versagen der Citycom oder der Holding Graz oder der Grazer Stadtpolitik wäre, sondern es kann viele Ursachen haben, es kann in der Ursache der Verbindung durch den Telekom-Provider liegen, es kann aber natürlich auch in einer zu geringen Bandbreite liegen. Jedenfalls, was wir tun, ist erstens einmal eine Investitionssumme von 4 Mio. Euro pro Jahr, zweitens sind wir derzeit auch mit Landesrätin Eibinger-Miedl und Herrn Kohrgruber vom Landesressort Digitalisierung bereits in laufenden Gesprächen mit dem generellen Ziel, dass wir eben über Bundesförderungen, die wir erwerben wollen, die wir bekommen wollen, tatsächlich noch etwaige restverbleibende weiße Flecken in Graz eben tatsächlich auch beseitigen und eben tatsächlich unter Ausnutzung der Bundesoffensive, der Digitalisierung des Bundes, eben zu weiteren Mitteln zu kommen. Das Ziel ist ganz klar, wir erheben laufend die schwächer ausgebauten urbanen Gebiete und wir bemühen uns um einen Ausbau, also die gute Nachricht zum Tag, wir sind da voll am Arbeiten (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Frau Gemeinderätin, gibt es noch eine Zusatzfrage?

GR<sup>in</sup> **Reininghaus**:

Ja, ich habe noch eine Zusatzfrage, und zwar meine Überlegung ist ja, dass die privaten Anbieter, die haben ja einen kürzeren Planungshorizont, die denken, glaube ich, in Fünfjahresschritten, und die wollen auch einen schnellen Return of Investment erzielen, aber eine Glasfaserversorgung, das ist so wie eine Strom-, Wasser- und Gasversorgung, das ist eine Infrastruktur, die eigentlich eine Kommune bereitstellen soll und dient auch der Daseinsvorsorge. Und Zürich, Stockholm, Reykjavik, diese Städte leben das schon vor, die bauen Glasfasernetze und lassen da andere davon profitieren. Also ich stelle jetzt noch einmal meine zweite Frage, welche konkreten Maßnahmen setzen Sie, damit der Ausbau des Breitbandes schneller vor sich geht? Weil ich glaube, dass die Zeit drängt und wir da ein bisschen hinten nachhinken.

StR Dr. **Riegler**:

Ja, also ich hätte eigentlich gedacht, dass ich die Frage beantwortet habe, also noch konkreter geht es nicht. Wir sind mit dem Land in Verbindung. Wir schauen, dass wir Bundesmittel abholen. Wir investieren 4 Mio. Euro pro Jahr in den Glasfasernetzausbau, und im Übrigen darf ich noch anmerken und erwähnen, dass wir auch bei 5G uns beteiligt haben als einzige städtische Einrichtung. Beim Erwerb der 5G-Lizenzen, und auch hier wird kräftig investiert. Also das sind die konkreten Maßnahmen und Schritte, die wir setzen, und ja, wir bekennen uns natürlich voll und ganz zur Daseinsvorsorge und zum weiteren Ausbau der Digitalisierung in Graz (*Appl.*).

**6.5 Frage 5: Umbau Dietrichsteinplatz  
(GR Haberler, MBA, ÖVP an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**GR Haberler:**

Geschätzte Kollegen und Zuhörer im Internet, geschätzte Frau Stadträtin. Ich habe eine Frage zum Umbau des Dietrichsteinplatzes. Der ist in der Oktober-Zeitung von 2019, in der Kleinen Zeitung, haben Sie medial angekündigt, dass der Dietrichsteinplatz 2021/2022 im Zuge der notwendigen Gleissanierungen umfangreich umgestaltet werden soll. Im Hinblick auf den Zeitraum, jetzt ist ja eigentlich schon Mitte 2021, erlauben Sie mir folgende

**Frage:**

Wie sieht der derzeitige Planungsstand rund um den Umbau des Dietrichsteinplatzes aus und wann werden Sie den Verkehrsausschuss darüber informieren?

***Originaltext der Frage:***

*Im Oktober 2019 haben Sie medial angekündigt, dass der Dietrichsteinplatz im Zeitraum 2021/2022 im Zuge der notwendigen Gleissanierungen umfangreich umgestaltet werden soll.*

*Im Hinblick auf den bislang verstrichenen Zeitraum erlauben Sie mir folgende*

***Frage:***

*Wie sieht der derzeitige Planungsstand rund um den Umbau des Dietrichsteinplatzes aus und wann werden Sie den Verkehrsausschuss darüber informieren?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Haberler, wenn Sie sich vielleicht noch erinnern, haben wir, also ich gemeinsam mit der Verkehrsplanung, im September 2019 im Verkehrsausschuss über die Planungen, welches Verkehrskonzept in welchem Zusammenhang immer mit einer Gleissanierung bereits präsentiert. Noch einmal, wir hätten uns ja angedockt, wenn es zu einer Gleissanierung kommt. Jetzt hat aber die Graz Linien – Holding diese Gleissanierung verschoben, und zwar erst auf 2025, deshalb werden wir ein Verkehrskonzept dort am Dietrichsteinplatz natürlich nicht vorher umsetzen, sondern das Hand in Hand mit der Gleissanierung dann vornehmen. Wenn Sie aber möchten, können wir noch einmal zur Erinnerung die Überlegungen, die es damals gegeben hat, noch einmal als Infobericht zumindest schriftlich den Mitgliedern im Ausschuss vorlegen (*Appl.*).

**GR Haberler:**

Wir haben in der Ausschusssitzung vom 24.4.2019, das war vor dem Zeitungsbericht, da haben Sie uns mitgeteilt, dass dieses Vorhaben auf 2024 verschoben wird, und ein halbes Jahr später in der Zeitung war es dann so, dass es auf einmal auf 2021/2022 vorverlegt wird. Jetzt war ich natürlich ein bisschen irritiert, ob es neue Erkenntnisse von Ihrer Seite gibt, oder weil wir im Ausschuss schon das spätere Datum besprochen hatten, und auf einmal war es vorverlegt, dann steigt natürlich die Vorfreude, und wie ist es dazu gekommen, dass dann dieser Wandel stattgefunden hat?

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Da teilen wir ja oft die Freude, ich ja auch. Ich würde mir oft wünschen, dass man Sachen schneller umsetzen kann, aber ich muss Ihnen sagen, ich kann auch natürlich dem Vorstand der Holding Graz keine Weisung oder Direktiven geben, und wenn die die Planung der Gleissanierung jetzt verlegt und nach hinten verschoben haben, dann ist das so zur Kenntnis zu nehmen und werden wir nicht vorab einen Eingriff dort

vornehmen, der dann eine doppelte Baustelle oder doppeltes Eingreifen mit sich zieht. Und immer vorausgesetzt, braucht es ja eine entsprechende Bürgerinformation und auch Information für die Gewerbetreibenden dann, also wir werden noch genügend Zeit haben dann, denke ich, in der nächsten Periode, wer auch immer dann dort handelnd sein wird, darüber zu diskutieren und zu reden (*Appl.*).

**6.6 Frage 6: Energie Graz: Gebühr bei Ratenansuchen  
(GR<sup>in</sup> Heinrichs, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Heinrichs:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler. Der Kleinen Zeitung von gestern, Print wie Online, haben wir bereits entnommen, worum es mir heute hier geht. Im letzten Jahr sind für viele Menschen auch aufgrund von Home-Office hohe Strom- und Heizkosten angefallen. Ebenfalls Corona-bedingt entfielen die Stromablesungen, aber es gab viel mehr geschätzte Abrechnungen, das heißt nun für 2021, sehr viele Menschen haben hohe Nachzahlungen bekommen, teilweise über 900, sogar 1.000 Euro. Diese hohen Summen sind für viele von uns schlichtweg nicht bezahlbar, weswegen es auch zu zahlreichen Ratenansuchen gekommen ist. Nun gibt es neuerdings seitens der Energie Graz, mit der Begründung Mehraufwand, eine Gebühr in der Höhe von 24 Euro dafür zu entrichten, gleichgültig wie hoch oder niedrig die Höhe der Außenstände anfallen, jedenfalls trifft diese Menschen mit wenig Einkommen besonders hart. Wir entnehmen aber auch der gestrigen Zeitung, dass für Härtefälle standardisierte Verfahren gegeben sein werden, um Probleme abzufangen, wobei die Bedeutung von standardisiert uns nicht ganz klar ist, und auch nicht, an wen sich die Betroffenen wenden sollen. Energie gegen Armut steht in der Kleinen Zeitung geschrieben, also wendet man sich jetzt an die Energie Graz oder an das Sozialamt? Ist aus dem Artikel nicht ganz klar zu entnehmen. Obwohl schon zu lesen stand, dass Sie sich für eine Rücknahme der Gebühr nicht stark machen werden, bin ich so frei, doch

hoffen zu dürfen, sehr geehrter Herr Stadtrat, und stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

**Frage:**

Setzen Sie sich, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riegler, dafür ein, dass im Sinne einer sozial verträglichen Lösung und in Anbetracht der außergewöhnlichen Umstände der letzten Monate seitens der Energie Graz diese zusätzlich eingeführte Gebühr wieder revidiert wird und bereits eingegangene Gebühren für Ratenzahlungen rückerstattet werden (*Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Seit über einem Jahr verbringen viele Menschen sehr viel mehr Zeit zuhause als sonst. Auch bedingt durch den Aufruf vermehrt Tätigkeiten im Home-Office zu erledigen, wurde in den eigenen vier Wänden mehr Energie (Strom und Heizung) verbraucht als sonst üblich. Kosten, die im Grunde von ArbeitgeberInnen auf ArbeitnehmerInnen umgewälzt wurden.*

*Zusätzlich fanden Corona-bedingt voriges Jahr keine Stromablesungen statt und der Stromverbrauch der KundInnen wurde geschätzt. Diese letzten geschätzten Abrechnungen dürften jedoch den Faktor des erhöhten Stromverbrauchs nicht berücksichtigt haben. Denn nun gibt es für 2020/21 sehr hohe und viele Nachzahlungen – teilweise über 1.000 Euro!*

*Für viele Menschen ist das finanziell schlichtweg eine Katastrophe. Deswegen kam es auch zu einer erhöhten Anzahl von Ratenansuchen, um diese Außenstände zu begleichen. Anscheinend gibt es seit 1. Juni 2021 seitens der Energie Graz die neue Regelung, dass für Ratenzahlungen eine einheitliche Gebühr in der Höhe von 24 Euro*

*eingehoben wird. Egal wie hoch oder niedrig die Höhe der Außenstände ist. Dieses trifft Menschen mit wenig Einkommen natürlich besonders hart.*

*Deswegen stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende*

**Frage:**

*Setzen Sie sich, sehr geehrter Herr Stadtrat, dafür ein, dass im Sinne einer sozial verträglichen Lösung und in Anbetracht der außergewöhnlichen Umstände der letzten Monate seitens der Energie Graz diese zusätzlich eingeführte Gebühr wieder revidiert wird und bereits eingegangene Gebühren für Ratenzahlungen rückerstattet werden?*

**StR Dr. Riegler:**

Danke, Frau Gemeinderätin Heinrichs. Ich meine, es war natürlich so, dass gestern in der Zeitung das etwas verkürzt dargestellt war. Ich habe natürlich nicht grundsätzlich nein gesagt, denn gerade uns, der ÖVP, und gemeinsam mit unserem Sozialstadtrat Kurt Hohensinner ist das Wohlbefinden der Menschen, die es schwerer haben, ein großes Anliegen (*Appl.*).

Daher erlaube ich mir dann doch zunächst einmal darauf hinzuweisen, und das habe ich auch den Journalisten gegenüber getan, darauf hinzuweisen, dass es erstens einmal im Sozialamt bereits eine Hilfe in schwierigen Lebenslagen gibt. Das heißt, wenn jemand in schwieriger Lebenslage ist und sich etwas nicht leisten kann, kann er oder sie im Sozialamt beantragen, eine entsprechende Unterstützung zu bekommen, das heißt, es gibt solche Unterstützungen. Zweitens gibt es eine relativ großartige Kulanzlösung auch bei der Energie Graz. Ich habe mit dem Geschäftsführer Herrn Ressi und mit dem Herrn Papousek in den letzten Tagen darüber gesprochen. Nur ein Faktum, von den 270 zuletzt gewährten Ratenvereinbarungen sind lediglich 40 vergebührt worden, das heißt, der weitaus überwiegende Teil derer, die eine Ratenzahlung beantragt haben, hat das selbstverständlich gebührenfrei machen

können, weil es eben eine Kulanzlösung in der Energie Graz gibt. Das heißt, es wurde nicht nur hier bereits kulant vorgegangen, sondern es wurde auch während der gesamten Covid-Krise seitens der Energie Graz, auch auf unsere Ersuchung hin, auf Mahnschritte und Abschaltungen verzichtet, also das möchte ich doch schon einmal ganz deutlich sagen, dass es hier bereits eine soziale Verantwortung gibt. Drittens ist die Energie Graz selber mit Spenden auch tätig, es gibt eine Spendenverdoppelungsaktion der Energie Graz, Energie gegen Armut, und dort werden Spendenvolumina verdoppelt, bisher sind insgesamt aus diesem Titel 156.000 Euro aufgebracht worden. Das heißt, auch das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass es im Verantwortungsbereich der Energie Graz und der Stadt Graz selbstverständlich eine soziale Verantwortung gibt, und insofern denke ich, wird man sicher Lösungen finden können, wenn es um Einzelfallhärtefälle geht (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Heinrichs:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, vielen Dank für die ausführliche Beantwortung. Einiges klingt sehr verheißungsvoll. Ich möchte noch kurz bemerken, Thomas Rasch von der Christlichsozialen Gewerkschaft sagte gestern auf [www.heute.at](http://www.heute.at), die großen Gewinner sind die Energieversorger, weil ja auch die Privatkunden die höheren Stromtarife bezahlen. Daher nochmals, ich verstehe diese noch nicht dagewesene Ratengebühr eigentlich gar nicht, und jene, die um Ratenzahlung ansuchen, sind ja solche Härtefälle. Meine Zusatzfrage, könnte sein, dass ich es vorher akustisch nicht ganz verstanden habe: Um wie viele Haushalte handelt es sich?

**StR Dr. Riegler:**

Also es hat in der letzten Zeit 270 Ratenzahlungsansuchen gegeben, 270, davon wurden lediglich 40 dann auch tatsächlich vergewährt. Der Rest, die 230, wurden gebührenfrei abgewickelt. Dass es eine solche Ratengebühr gibt, ist an und für sich im Wirtschaftsleben nichts Unanständiges. Sie finden überall, ständig irgendwelche

Angebote, wenn Sie sofort zahlen, dann zahlen Sie ein bisschen weniger, wenn Sie später zahlen oder mit Ratenzahlung zahlen, dann kommt eben ein Aufschlag dazu. Man darf auch nicht vergessen, dass es hier auch Bearbeitungskosten gibt und ich erwähne nur noch, dass die Energie Graz ja nicht der Stadt Graz alleine gehört, sondern wir gemeinsam mit der Energie Steiermark und privaten Mitgesellschaftern, die hinter der Energie Steiermark Gesellschafter stehen, das heißt, wir können gar nicht eigenständig, einseitig irgendwelche Gebührenstopps verfügen, sondern wir müssen natürlich im Rahmen unserer sozialen Verantwortung eben entsprechend Gespräche führen, was auch geschehen ist (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Danke vielmals, Frau Gemeinderätin, nachdem Sie jemanden zitiert haben, vielleicht sollten Sie auch dem ausrichten, dass diese Energieversorgungsunternehmen Gott sei Dank auch in öffentlicher Hand sind, das heißt, falls hier die großen Gewinne erwartet werden, stecken wir die, wie immer, in den öffentlichen Verkehr und in das Budget des Landes Steiermark (*Appl.*).

**6.7 Frage 7: Errichtung einer Druckknopfampel beim Schutzweg auf Höhe Wetzelsdorfer Straße 110 (GR Ing. Lohr, FPÖ an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Stadtrat. Der unregelmäßig gestaltete Schutzweg stellt für die Fußgänger der Wetzelsdorfer Straße eine Gefahrenstelle dar. Gemeint ist der Fußgängerweg auf Höhe Steinackerstraße. Einerseits herrscht eine hohe Fahrzeugfrequenz, die durch Bauvorhaben und den Umleitungsverkehr der Reininghaus-Baustellen in letzter Zeit noch angestiegen ist. Andererseits ist es mangels geringer Anhaltebereitschaft mancher Lenker sehr

schwierig, die Straßenseite zu wechseln. Anrainer, darunter Kinder und Senioren als besonders gefährdete Gruppe, setzen sich für die Errichtung einer Ampelanlage im genannten Bereich ein, der dadurch für die schwächsten Verkehrsteilnehmer noch sicherer gemacht werden soll. Dann habe ich noch in den Sozialen Medien zufällig einen Kommentar gelesen bei einer Wochenzeitung, da schreibt eine Person: „Der Verkehr in Graz ist richtig zack, oft gesehen, Zebrastreifen, Haltestelle Steinäckerstraße, da bleiben die meisten nicht stehen, obwohl dort eine Wohnsiedlung ist, wo Kinder und auch alte Menschen leben, muss man öfters kontrollieren.“ Daher ergeht die folgende

### **Anfrage**

an Sie:

Sind Sie bereit, die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz überprüfen zu lassen, ob der angeführte Schutzweg in der Wetzelsdorfer Straße mittels Druckknopfampel abgesichert werden kann (Appl.)?

#### ***Originaltext der Frage:***

*Der unregelmäßige Schutzweg stellt für die Fußgänger der Wetzelsdorfer Straße eine Gefahrenstelle dar. Einerseits herrscht eine hohe Fahrzeugfrequenz, die durch Bauvorhaben und den Umleitungsverkehr der Reininghaus-Baustellen in letzter Zeit noch angestiegen ist. Andererseits ist es mangels geringer Anhaltebereitschaft mancher Lenker sehr schwierig, die Straßenseite zu wechseln.*

*Anrainer, darunter Kinder und Senioren als besonders gefährdete Gruppe, setzen sich für die Errichtung einer Ampelanlage im genannten Bereich ein, der dadurch für die schwächsten Verkehrsteilnehmer noch sicherer gemacht werden soll.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des  
Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

**Anfrage:**

*Sind Sie bereit, die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz überprüfen zu lassen, ob der  
angeführte Schutzweg in der Wetzelsdorfer Straße mittels Druckknopfampel  
abgesichert werden kann?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, vielen Dank für Ihre Anfrage. Nur zur Information auch für alle hier im Gemeinderat, 2015 hat ja das Land Steiermark und die Stadt Graz dort einen Gehsteig und einen Radweg erfreulicherweise errichtet. In dem Zusammenhang ist dort auch ein Schutzweg, oder Zebrastreifen, errichtet worden, und da sind natürlich viele Jahre jetzt vergangen, und genau, wie Sie richtig anmerken, ist auch die Wohnbautätigkeit dort vorangeschritten, deshalb halte ich es auch für vernünftig und unterstütze gerne das Anliegen und werde es gerne auch überprüfen lassen (*Appl.*).

**GR Ing. Lohr:**

Dann kann ich auch nur danken, sollte also das mit der Ampel nicht klappen, gebe ich dann noch die Anregung weiter, ansonsten könnten man noch Geschwindigkeitsmessungen dort durchführen. Dankeschön.

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Das Zweitere kann ich beantworten, das erfolgt dort. Ich werde aber prüfen lassen, ob das in letzter Zeit nachgelassen hat, aber weil ja auch BewohnerInnen von dort sich an

uns wenden, haben die Geschwindigkeitskontrollen dort immer regelmäßig erbeten, dass sie durchgeführt werden, aber das lasse ich prüfen, ob das jetzt vielleicht in dem Jahr nicht so oft passiert ist (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.00 Uhr).***

**6.8 Frage 8: Überarbeitung und Ergänzung der freiraumplanerischen Standards (GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner, Grüne an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Siegfried, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuseherInnen im Livestream. In meiner Frage geht es um die freiraumplanerischen Standards, das ist eine Richtlinie, die vom Stadtplanungsamt und der Abteilung für Grünraum und Gewässer vor schon einiger Zeit erstellt wurde, eben um Richtlinien zu haben für die Freiraumgestaltung bei Bebauungsplänen. Es gab vor zehn Jahren eine Evaluierung, die sollte danach veröffentlicht werden im Jahr 2012, ist aber bis dato nicht erfolgt. Und ich meine, dass aufgrund des Klimawandels und des Bewusstseins, das wir alle entwickelt haben für den Klimawandel, und aufgrund der Wichtigkeit von Grünflächen, es vielleicht gut wäre, diese freiraumplanerischen Standards noch einmal anzuschauen, ob man sie anpassen muss. Und auf der anderen Seite ist mir aufgefallen, dass ein Thema fehlt, das in letzter Zeit sehr oft schlagend wird, ich nenne da das Beispiel Reininghausgründe. Ich nenne den Bebauungsplan in der Nähe vom Black Panther, nämlich große Grünflächen mit Baumbestand, wo wir auch Stadtwildtiere haben, also Hasen, Rebhühner, Fasane usw., die dann ihren Lebensraum verlieren und wo man auch Vorkehrungen treffen könnte und das einfach auch aufnehmen könnte in diese freiraumplanerischen Standards, nämlich z.B. indem man Grünverbindungen plant, indem, man Fluchtmöglichkeiten sicherstellt, auch Ruderalflächen bestehen lässt als künftige Lebensräume, indem man bei

Baumfällungen schaut, ob Brutvorkommen vorhanden ist und nicht während der Brutsaison fällt, und letztlich bei den Baumaßnahmen auch schaut, dass sie tierfreundlich gestaltet sind, sprich Lärmschutzwände mit Vogelanprallschutz und Sicherstellung von Tierpassagen, damit Wanderbewegungen und ein Populationsaustausch auch in Zukunft möglich ist. Daher stelle ich folgende

**Frage:**

Sind Sie bereit, eine Überarbeitung der freiraumplanerischen Standards an die durch den Klimawandel geänderten Rahmenbedingungen zu initiieren und diese um den Themenbereich Tierschutz ergänzen zu lassen (*Appl.*)?

***Originaltext der Frage:***

*Die freiraumplanerischen Standards wurden seinerzeit in Zusammenarbeit des Stadtplanungsamtes und der Abteilung für Grünraum und Gewässer als interne Richtlinie zur Freiraumgestaltung im Bauland und als Beurteilungsgrundlage für die Erstellung von Bebauungsplänen und die gutachterliche Tätigkeit in Bauverfahren erstellt. Vor rund 10 Jahren wurden sie mit externer Begleitung evaluiert und eine Veröffentlichung war für 2012 geplant, ist aber bis dato nicht erfolgt.*

*Nunmehr stehen wir aufgrund des fortschreitenden Klimawandels vor noch massiveren Herausforderungen in Richtung Erhalt und Ausbau des Grünraums und Verbesserung des Stadtklimas und somit der Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer. Aufgrund der durch den Klimawandel veränderten Rahmenbedingungen wäre eine Evaluierung sowie Anpassung der Freiraumplanerischen Standards dringend geboten.*

*In der derzeit vorliegenden Version der freiraumplanerischen Standards sind folgende Themenbereiche abgedeckt: Vorgärten, Innenhöfe, Begrünung von Tiefgaragen, Baumschutz, Straßenbäume, Einfriedungen, Dachbegrünung, Begrünung von*

*Lärmschutzwänden, Bodenversiegelung, Geländeänderungen, Spielplätze und Parkplätze.*

*Ein weiteres Thema rückt aufgrund der regen Bautätigkeit immer stärker in den Fokus – unsere Stadtwildtiere. Das 2007 vom Grazer Gemeinderat beschlossene Grüne Netz versteht sich als klares Bekenntnis zur Grünstadt Graz und zu einem urbanen Naturerlebnis. Nunmehr zeigt sich, dass bei der Bebauung von größeren Grünflächen mit teilweise altem Baumbestand auch das Thema des Tierschutzes zentral zu bearbeiten wäre. Die dort lebenden Wildtiere wie z.B. Hasen, Rebhühner und Fasane, diverse Vogel- und Fledermausarten, um nur einige aufzuzählen, kommen durch die zunehmende Verbauung in Bedrängnis und wissen nicht wohin. Aber auch sie gehören zu einem urbanen Naturerlebnis!*

*Es wäre daher dringend geboten, bereits in der Planung auf Grünverbindungen, auf denen die Wildtiere wandern können, zu achten, Fluchtmöglichkeiten sicherzustellen und geeignete Naturräume in Form von Ruderalflächen als Lebensräume bestehen zu lassen. Naturschutz- und Tierschutz gehören bereits vor dem Baustart einbezogen, unausweichliche Baumfällungen sollten möglichst außerhalb der Brutsaison stattfinden und wenn das nicht möglich ist, sollten verpflichtende Untersuchungen in Richtung Brutvorkommen vor einer Baumfällung zum Standard werden. Auch eine tierfreundliche Umsetzung von begleitenden Baumaßnahmen ist dringend erforderlich, wie z.B. Glas-Lärmschutzwände mit Vogelanprallschutz sowie die Sicherstellung von Tierpassagen, die Wanderbewegungen und einen Populationsaustausch ermöglichen.*

*In Sinne des Motivenberichts stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende*

**Frage:**

*Sind Sie bereit, eine Überarbeitung der freiraumplanerischen Standards an die durch den Klimawandel geänderten Rahmenbedingungen zu initiieren und diese um den Themenbereich Tierschutz ergänzen zu lassen?*

**Bgm. Mag. Nagl:**

Geschätzte Frau Gemeinderätin, liebe Andrea, ja, ich habe die beiden Fachabteilungen, sowohl die Stadtplanungsabteilung als auch die Abteilung Grünraum und Gewässer, bereits beauftragt, diese freiraumplanerischen Standards zu überarbeiten und gerne werden wir in diesem Zug auch mitüberprüfen, ob und in welcher Form Aspekte des Tierschutzes jetzt berücksichtigt werden können (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner:**

Danke für die erfreuliche Antwort, ich hoffe, dass das funktioniert mit dem Tierschutz. Und meine Zusatzfrage, ich meine, die kommt jetzt nicht überraschend, meine Zusatzfrage ist, ob du dann auch bereit bist, die freiraumplanerischen Standards zu verordnen.

**Bgm. Mag. Nagl:**

Bitte lass uns zuerst diese Standards auch wirklich erarbeiten, und selbstverständlich möchte ich das, was uns die Abteilung vorschlägt und was der Gemeinderat dann letzten Endes auch abstimmt, möglichst umgesetzt wissen. In welcher Form lasse ich mir noch offen (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.03 Uhr).***

**6.9 Frage 9: Kreisverkehr Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg  
(GR Mag. (FH) Muhr, SPÖ an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrte Zuseher im Livestream, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke. Meine Frage heute bezieht sich auf den Kreuzungsbereich Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg, wo ja schon vor langer Zeit ein Kreisverkehr versprochen wurde, und zwar schon im Jahr 2018. Der Gemeinderat hat dann in weiterer Folge dieses Projekt in der Sitzung am 17.10.2019 genehmigt, wobei im entsprechenden Bericht an den Gemeinderat auch angeführt wurde, dass mit allen BesitzerInnen eine Vereinbarung über die Grundablöse bereits abgeschlossen wurde. Und im Punkt 2.2 des Berichtes wird ebenfalls angeführt, dass im Herbst 2019 eine provisorische Lösung mit Bodenmarkierungen vorgesehen ist, die eigentlich bis heute nicht umgesetzt wurde. Der Finanzbedarf für dieses Projekt wurde mit 1,2 Mio. veranschlagt, wobei im Jahr 2010 1,1 Mio. für die Umsetzung vorgesehen waren. Einem Grazer Medium war im September dann 2020 zu entnehmen, dass es seitens der Behörde eine Auflage ergibt, den Kreisverkehr nicht gleichzeitig mit den Umbauarbeiten der Ulrich-Lichtenstein-Gasse/Bertha-von-Suttner-Platz zu errichten. Jetzt befinden wir uns im Jahr 2021, die Umbauarbeiten im Stadionbereich sind abgeschlossen und der Termin für den Kreisverkehr ist immer noch nicht von deiner Seite kommuniziert worden bzw. in Angriff genommen worden, und der Unmut der Bevölkerung ist sicherlich berechtigt, und darum ergeht meine

**Frage**

seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an dich:

Bis wann können die betroffenen AnrainerInnen mit der Fertigstellung des Kreisverkehrs Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg endlich rechnen (*Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Zur Verkehrsentslastung im Kreuzungsbereich Karl-Huber-Gasse und Neufeldweg wurde bereits im Jahr 2018 ein Kreisverkehr gefordert und auch versprochen. Der Gemeinderat hat dieses Projekt in seiner Sitzung am 17.10.2019 genehmigt, wobei im entsprechenden Bericht an den Gemeinderat angeführt wird, dass mit allen betroffenen BesitzerInnen eine Vereinbarung über eine Grundablöse bereits abgeschlossen wurde. Im Punkt 2.2. des Berichts wird ebenfalls angeführt, dass im Herbst 2019 eine provisorische Lösung mit Bodenmarkierungen vorgesehen ist, die bis heute nicht umgesetzt wurde.*

*Der Finanzbedarf für dieses Projekt wurde mit 1,2 Mio. Euro veranschlagt, wobei im Jahr 2020 1,1 Mio. Euro für die Umsetzung vorgesehen waren. Einer Grazer Wochenzeitung war im September 2020 zu entnehmen, dass seitens der Behörden eine Auflage erging, den Kreisverkehr nicht zeitgleich mit den Umbauarbeiten der Ulrich-Lichtenstein-Gasse/Bertha-von-Suttner-Platz zu errichten.*

*Nun befinden wir uns im Juni 2021 und die Umbauarbeiten im Bereich der Merkur-Arena sind abgeschlossen und der Termin für die Errichtung des Kreisverkehrs in der Karl-Huber-Gasse ist noch immer offen.*

*Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die*

**Frage:**

*Bis wann können die betroffenen AnrainerInnen mit der Fertigstellung des Kreisverkehrs Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg rechnen?*

StR<sup>in</sup> **Kahr:**

Lieber Herr Gemeinderat, ich kann das gut nachvollziehen und gut verstehen, und da geht es mir in Wirklichkeit jetzt ähnlich und gleich. Es ist doch so, dass vom ersten Tag an, wo dieser Wunsch von der Bevölkerung gekommen ist, ich hier auch die Unterstützung zugesagt habe und auch mit der Verkehrsplanung gemeinsam mit Ihnen hier im Gemeinderat alle notwendigen Beschlüsse, die dazu erforderlich sind, ja auch einstimmig beschlossen worden sind. Die Chronologie hast du auch gesagt. Tatsache ist aber auch, und da kann ich mich nur auf die Kollegen in meinen Abteilungen beziehen, die mir Folgendes auch mitteilten, da über Auftrag des Gemeinderates viele andere Projekte als vorrangiger zu bearbeiten und beauftragt wurden, und das ist ja auch eine Tatsache, dass ständig neue Aufträge hier beschlossen werden, die ja dann auch erledigt werden müssen, mussten die Planungen unterbrochen werden. In diesem Jahr hat es hier auch personell eine Weitergabe von diesem Vorhaben gegeben, weil derjenige Kollege, der es ursprünglich angefangen hat, es gar nicht mehr schafft, weil er zusätzliche Aufgaben übertragen hat. Das heißt, es wird in diesem Jahr nicht umgesetzt werden können. Und zwar warum? Weil noch ein Leitungsträger, nämlich die Energie Graz, einen riesigen Fernwärmeschacht, der im Kreuzungsbereich dort angesiedelt ist, jetzt gerade die Ausschreibung macht und nicht gesagt werden kann, dass das in diesem Jahr sozusagen auch fertiggestellt werden kann. Das heißt, wir können den Kreisverkehr ja nicht vorher machen und danach kommt der Leitungsträger und gräbt das Ganze dort noch einmal auf, und das ist ein ziemlich großer Fernwärmeschacht, der dort umgesetzt werden muss (*Appl.*).

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Danke, liebe Elke, für deine ehrliche Antwort, dass es hier eine Zeitverzögerung gibt. Ich bin sehr verwundert, dass es dort keine Abstimmung mit der Energie Graz und von deiner Abteilung hinsichtlich diese Bauarbeiten gibt generell und ich bin auch sehr verwundert, dass man gewisse Projekte dann immer wieder zurückreicht, die du selbst heftigst versprochen hast, du warst dort ja selbst vor Ort und bist dafür eingetreten. Es

ist leider sozusagen der Termin total offen und die Anrainer werden weiter darauf warten müssen, bis hier endlich Ressourcen und Geld und Einsatz von deiner Seite wieder vorhanden ist.

StR<sup>in</sup> **Kahr**:

Das Versprechen ist ja nicht gebrochen, es wird ja kommen, aber ich habe versucht zu erklären warum. Ich bin leider selbst nicht befugt, das zu planen und umzusetzen, weil sonst würde ich diese Arbeit gerne meinen Kollegen abnehmen. Noch einmal, und das möchte ich hier an diese Stelle schon noch einmal betonen, wir beschließen unheimlich viele Sachen, die sozusagen die KollegInnen in der Verkehrsplanung tatsächlich vor Aufgaben stellen, die sie nicht bewältigen können. Wir waren, noch einmal, über Jahre hindurch unterbesetzt, wir haben Personal, dankenswerterweise, vom Herrn Vizebürgermeister bekommen für die Radoffensive wohlgermerkt, aber nicht für diese Planungen und deshalb kommt es natürlich auch immer wieder zu Verschiebungen, es werden auch Beschlüsse von Gehwegwünschen usw. beschlossen, und die Kollegen können sich, wie gesagt, eben nicht klonen. Die Abstimmungen erfolgen sehr wohl und die Energie Graz hat eben bei diesem höchst sanierungsbedürftigen Kanalschacht dringend ersucht, den zu machen und dem werden wir natürlich nicht im Wege stehen, weil es ja auch Infrastruktur für die Bevölkerung ist und mir das nicht wurscht sein kann, wenn die Kanalanlage dort nicht in Ordnung ist (*Appl.*).

**6.10 Frage 10: Semmelweisgasse – Einrichtung einer (Kurz-)Parkzone  
(GR DI Topf, ÖVP an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**GR DI Topf:**

In meiner Frage geht es um die Semmelweisgasse, also punktuell ein Bereich herausgepickt, wenn ich das so sagen darf, und um die Einrichtung einer Kurzparkzone. Sehr geehrte Frau Stadträtin, werte Elke, von der in der Semmelweisgasse bzw. deren Umfeld lebenden Wohnbevölkerung wird seit Jahren die Einführung einer Blauen oder zumindest einer Grünen Zone für die dort befindlichen PKW-Abstellplätze gefordert, da Einpendlerinnen und Einpendler, da ist jetzt punktuell ein Beispiel genannt, den dort verfügbaren Parkraum nicht nur täglich benützen, sondern auch ihre Fahrzeuge oft auch wochenlang abstellen. Damit ist der knappe Parkraum der Wohnbevölkerung vor Ort entzogen. Ebenso lange wird seitens der befassten Stellen eine solche mit dem Hinweis der zu geringen Rentabilität abgelehnt. Die Bewirtschaftung von PKW-Abstellplätzen auf öffentlichen Straßen hat auch einen Lenkungseffekt, und da möchte ich besonders heute mein Augenmerk auch hinlenken – nicht nur monetäre Aspekte. Das heißt, ich möchte mit dieser Frage punktuell die Semmelweisgasse betreffend ansprechen, dass wir durchaus auch Insellösungen andenken sollten, um einen gewissen Lenkungseffekt auch in der Parkraumbewirtschaftung zu erzielen. Aus den dargestellten Gründen stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

**Frage:**

Aus welchen Gründen wird auf permanent stark ausgelasteten, nicht bewirtschafteten Parkflächen, etwa in der Semmelweisgasse, keine Blaue oder Grüne Zone eingeführt, um auch einen gewissen Lenkungseffekt zu erzielen?

**Originaltext der Frage:**

*Von der in der Semmelweisgasse bzw. deren Umfeld lebenden Wohnbevölkerung wird seit Jahren die Einführung einer Blauen oder zumindest einer Grünen Zone für die dort befindlichen PKW-Abstellplätze gefordert, da Einpendlerinnen und Einpendler den dort verfügbaren Parkraum nicht nur täglich benützen, sondern auch ihre Fahrzeuge oft auch wochenlang abstellen. Damit ist der knappe Parkraum der Wohnbevölkerung entzogen.*

*Ebenso lange wird seitens der befassten Stellen eine solche mit dem Hinweis der zu geringen Rentabilität abgelehnt.*

*Die Bewirtschaftung von PKW-Abstellplätzen auf öffentlichen Straßen hat auch einen Lenkungseffekt – nicht nur monetäre Aspekte.*

*Aus den dargestellten Gründen stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die*

**Frage:**

*Aus welchen Gründen wird auf permanent stark ausgelasteten, nicht bewirtschafteten Parkflächen, etwa in der Semmelweisgasse, keine Blaue oder Grüne Zone eingeführt?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Lieber Georg, sehr geehrter Herr Gemeinderat, bei dir brauche ich nicht weit ausholen, weil du kennst das Prozedere, wie das bei uns in der Stadt Graz seit Jahrzehnten gehandhabt wird, einerseits was die Auslastung in den Randzonen und in den Kurzpark- und Blauen Zonen, wie das erfolgt. Da ist die ARGE Parkraum Straßenamt, da ist meine Abteilung, Verkehrsplanung ist meine Abteilung, dann gibt es aber auch noch die Finanzabteilung, Stadtrat Riegler, und auch die GPS, Kollege Eustacchio ist dort zuständig. Diese vier Abteilungen, die sind durch sehr, sehr viel Erfahrung beheimatet,

und die beschäftigen sich regelmäßig, und wird auch regelmäßig die Auslastung auch immer überprüft. Im konkreten Fall jetzt, was du ansprichst, was die Semmelweisgasse betrifft, habe ich eine sehr, sehr ausführlich Beantwortung bekommen von all diesen Abteilungen und auch vom Parkgebührenreferat, die das anders sehen. Um es jetzt abzukürzen, das will ich, aber auch um hier Zeit zu sparen, alles nicht wiederholen, weil, warum ich das persönlich anders sehe, und da teile ich auch deine Meinung, nämlich dass man durchaus auch Insellösungen andenken kann und nicht immer nur die Wirtschaftlichkeit hier im Vordergrund stehen sollte, weil das wird eben in dieser Beantwortung alles so genau gesagt. Und ich kenne dieses Gebiet auch sehr gut, weil ich vor Ort auch sehr oft dort war und mit den BewohnerInnen auch gesprochen habe. Es geht ja dort auch um das Gebiet am Ragnitzbach, dort sind ähnlich gelagerte Probleme. Tatsache ist, es sind sehr viele Einfamilienhäuser dort, die könnten natürlich ihre eigenen KFZ auf ihren Grundstücken situieren, insofern haben die Kollegen vollkommen Recht, wenn sie das anmerken. Die ca. 29 Parkplätze, die es gibt, sind ja durch unser Amt, hat es Parkplatzausweisungen gegeben, das heißt, die, die dort stehen jetzt legal, weil vorher sind sie illegal gestanden, das ist nicht unwichtig. Wissen muss man natürlich auch, dass es zu Verlagerungen kommen wird, wenn du dort jetzt eine Grüne oder eine Blaue Zone machst, rückt die ganze Geschichte wieder weiter hin. Ich finde, dass man hier grundsätzlich reden müsste. Vielleicht haben Sie ja gehört heute, in Wien denkt man ja an flächendeckendere Lösungen. Ich persönlich, noch einmal, könnte mir auch Insellösungen vorstellen, aber ich glaube, dass hier einmal eine Gesprächsrunde aller, die daran interessiert sind, im Verkehrsausschuss mit den genannten Abteilungen grundsätzlich hier anzudenken sind, weil das ist ja nicht nur dort so, sondern in vielen Gebieten in der Stadt Graz (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Gibt es eine Zusatzfrage?

**GR DI Topf:**

Ja, die Zusatzfrage würde eben dahin zielen, dass wir z.B. auch am Andritzer Hauptplatz sozusagen eine Insellösung der Kurzparkzone haben, und es durchaus überlegenswert wäre, ich sage das bewusst im Konjunktiv, sozusagen einmal grundsätzlich über Insellösungen auch im Verkehrsausschuss zu diskutieren.

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Natürlich, sehr, sehr gerne, Georg, das weißt du auch. Ich bin froh, wenn so viele KollegInnen wie möglich sich auch mit konkreten Dingen beschäftigen, aber es braucht dann natürlich auch die Zustimmung vom Finanzstadtrat, der ja für die Verordnung solcher Dinge zuständig ist. Das heißt, ich kann mir, und wir können uns einiges wünschen, aber es braucht dann natürlich auch die Zustimmung meiner Stadtratskollegen.

**Bgm. Mag. Nagl:**

Danke vielmals, Frau Stadträtin. Nur ein kleiner Hinweis, es liegt ganz und gar der generelle Wunsch in deinem Verantwortungsbereich, auch wenn es eine ARGE gibt, du kannst es jederzeit anweisen, soweit ich weiß. Das heißt, du könntest das relativ rasch auch umsetzen (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.16 Uhr).***

**6.11 Frage 11: Naturjuwel vor Verbauung schützen  
(GR Sikora, KPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

**GR Sikora:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, erfreulich, viele Bürgerinnen und Bürger des Südens von Graz der Bezirke Straßgang und Puntigam, dass ich die Gelegenheit noch habe, die Frage zu stellen. Vor kurzem durfte ich mit einer Anrainerin ein recht unbekanntes, wahrscheinlich für viele unbekanntes Naturjuwel an der Bezirksgrenze zwischen Puntigam und Straßgang besichtigen. Am Gelände einer ehemaligen Deponie hat sich auf gut 10 Hektar eine Naturoase breitgemacht – die üppige und vielfältige Vegetation lässt einen staunen. Wer es noch nicht gesehen hat, das ist ein Geheimtipp, schaut euch das einmal an, das ist wirklich sehr sehenswert, was sich dort entwickelt hat. Das Gebiet ist einerseits von Gewerbe, von Deponien sowie andererseits von Siedlungsgebiet umgeben. Laut Flächenwidmungsplan sollte diese Fläche jedoch zukünftig dem Wohnbau dienen. Da dieses Stück Land auf einer ehemaligen Deponie liegt und man eine eventuelle Kontamination des Erdreiches bedenken müsste, ist es sehr fraglich, zu welchem Preis hier überhaupt Wohnbau errichtet werden könnte. So bestünde jedoch die einmalige Chance für die Stadt Graz und vor allem für den Süden von der Stadt Graz, für die von Verbauung ohnehin schon sehr stark betroffenen Bezirke Puntigam und Straßgang einen Naturpark, der sich im Laufe der Jahre jetzt eh schon entwickelt hat, für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Als Bürgermeister und Verantwortlicher für Grünflächen unserer Stadt Graz könnte es für Sie von Interesse sein, dass mit dem Besitzer dieser Flächen, und das sind die Römisch-katholischen Pfarrpfründe zu Straßgang, eine Einigung erzielt wird. Es sollte auch im Interesse der Kirche sein, dass diese Grünflächen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, hat auch Papst Franziskus in der Enzyklika ‚Laudatio si‘ die Welt dazu aufgerufen, sich stärker dem Umweltschutz zu widmen. Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs Graz folgende

**Frage:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl, halten Sie es als politisch Verantwortlicher für die Abteilung Grünraum und Gewässer für sinnvoll, dass die Stadt Graz mit den R.-k. Pfarrpfänden von Straßgang eine Einigung erzielt, um die oben erwähnten Flächen als Naturpark zu sichern, damit diese für die Bevölkerung und folgende Generationen erhalten bleiben werden können (Appl.)?

**Originaltext der Frage:**

*Vor kurzem durfte ich mit einer Anrainerin ein recht unbekanntes Naturjuwel an der Bezirksgrenze zwischen Puntigam und Straßgang besichtigen. Am Gelände einer ehemaligen Deponie hat sich auf gut 10 Hektar eine Naturoase breitgemacht – die üppige und vielfältige Vegetation lässt einen staunen (GST-NR 231/KATGEM. 63122 und umliegend).*

*Das Gebiet ist einerseits von Gewerbe und Deponien sowie andererseits von Siedlungsgebiet umgeben. Laut Flächenwidmungsplan sollte diese Fläche zukünftig dem Wohnbau dienen. Da dieses Stück Land auf einer ehemaligen Deponie liegt und man eine eventuelle Kontamination des Erdreichs bedenken müsste, ist es sehr fraglich, zu welchem Preis hier überhaupt Wohnbau errichtet werden könnte.*

*So bestünde jedoch die einmalige Chance, für die von Verbauung ohnehin schon sehr stark betroffenen Bezirke Puntigam und Straßgang, einen Naturpark für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.*

*Als Bürgermeister und Verantwortlicher für Grünflächen unserer Stadt, könnten es für Sie von Interesse sein, dass mit dem Besitzer dieser Flächen, den Römisch-katholischen Pfarrpfänden zu Straßgang, eine Einigung erzielt wird (beispielsweise eine Pachtung der Gründe durch die Stadt Graz für 100 Jahre). Es sollte auch im Interesse der Kirche sein, dass diese Grünflächen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden: Hat doch Papst Franziskus in der Enzyklika ‚Laudatio si‘ die Welt dazu aufgerufen, sich stärker dem Umweltschutz zu widmen.*

**Frage:**

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl, halten Sie es als politisch Verantwortlicher für die Abteilung Grünraum und Gewässer für sinnvoll, dass die Stadt Graz mit den R.-k. Pfarrpfründen von Straßgang eine Einigung erzielt, um die oben erwähnten Flächen als Naturpark zu sichern, damit diese für die Bevölkerung und folgende Generationen erhalten bleiben?*

**Bgm. Mag. Nagl:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Sikora, vielen Dank für diese Frage. Es trifft zu, dass die angesprochenen Flächen als Bauland ausgewiesen sind, sie waren, wie Sie schon gesagt haben, jahrzehntelang als Gewerbegebiet festgelegt. Das Naturjuwel sollte uns nicht nur über der Erde, sondern auch unter der Erde in der Stadt interessieren. Die Joghurtbecher unserer Jugendzeit warten leider auch auf Entsorgung im Erdreich, und wir haben dann im Zuge des 4. Flächenwidmungsplanes gemeinsam etwas festgelegt, dieser ist ja schon in Kraft getreten, und wir haben damals dieses Gewerbegebiet umgewidmet in Allgemeines Wohngebiet. Das heißt, die Grundstücksbesitzer, und es handelt sich nur um die Kirche, haben ein Recht auf eine, in dem Fall jetzt, allgemeine Wohnverbauung. Im Sinne vorrausschauender Planungen wurde gleichzeitig neben anderen Bedingungen, z.B. den ÖV betreffend, das Ganze als Aufschließungserfordernis auch festgelegt, dass 20 % der Entwicklungsfläche als sogenannter Siedlungsöffentlicher Grünraum ausgebildet werden muss und auch nicht bebaut werden darf. Das heißt, wir haben umgewidmet, weil Gewerbe wäre ganz schlimm, wir haben ein Allgemeines Wohngebiet daraus gemacht, und dort noch Aufschließungserfordernisse vor allem festgelegt, 20 % müssen für die Bevölkerung öffentlich bleiben. In Analogie zu anderen Stadtentwicklungsprozessen, die in Graz vorbildhaft laufen, wird die Stadt Graz im Zuge der weiteren Planungsschritte dann auch streben, Teile dieser Grünflächen als öffentliche Parkanlage, Spiel- oder Sportplätze zu übernehmen, andere sollen siedlungsöffentlich bleiben, und zusammen mit den Kleinkinderspielplätzen auf den Bauflächen, die wir ja vorschreiben, eine gut abgestufte Freiraumstruktur erzeugen. Der Dialog mit den Grundeigentümern, also

nicht nur mit der Straßganger Pfarrpfundvertretung, wurde diesbezüglich bereits aufgenommen. Eine vertragliche Sicherung von Grünflächen ist nur im Zusammenhang und in guter Abstimmung mit städtebaulichen Entwicklungsschritten realistisch, diese werden hier im Gemeinderat ja mehrfach erörtert werden. Aufgrund der Größenordnung der Entwicklungsflächen ist vor einer Vertragsunterzeichnung jedenfalls mit einem mehrjährigen Verlauf, oder Vorlauf, zu rechnen. Freilich schützt die Widmung das Aufschließungsgebiet mit Bebauungsplanpflicht das Areal bis dahin vor anderwärtiger Verbauung, also ganz liebe Grüße an jene Grazerin, die Sie darauf aufmerksam gemacht hat. Wir haben vorgesorgt, dass diese ursprüngliche alte Widmung eine wesentliche Verbesserung auch letzten Endes haben wird. Zu Zeiten Enzyklika des Papstes, da möchte ich anschließen, es ist ja am 24. Mai des Jahres 2015 von unserem Papst Franziskus öffentlich gemacht worden, was ist eine Enzyklika? Eine Enzyklika ist ein Rundschreiben an die Kirchen, im Speziellen an die Bischöfe, damit verbunden auch an Diözese, und im Übrigen auch an alle Menschen, die guten Willens sind, in diesem Sinne hoffe ich auch, dass die Katholischen Pfarrgründe nicht gleich einer Verbauung zugeführt werden und dass sich auch die örtliche Kirche, und die Diözese hier, vielleicht dieses Naturjuwels besinnt (*Appl.*).

**GR Sikora:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, recht herzlichen Dank für die wirklich ausführliche Beantwortung, nur eine Anmerkung. Diese 20 % würden dann eh wahrscheinlich das jetzige üppige Juwel an Bäumen, die dort sich im Laufe der Jahrzehnte sich gebildet haben, ausreichend schützen und für die Bevölkerung dann in Zukunft wahrscheinlich auch als Naturraum zur Verfügung stellen; also ich glaube, die Frage war sehr ausführlich beantwortet und gar nicht so negativ beantwortet, würde ich einmal sagen. Danke (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Ja, Sie sind überrascht, gell? Danke vielmals für dieses Kompliment für heute (*lacht*).  
Aber ich möchte nur anmerken, die Stadtplanung, vor allem Stadtplanungschef  
Inninger, hat sich das ja angesehen, deswegen wurde, glaube ich, auch mit diesen 20 %  
gerechnet. Wenn wir die Freiflächen rund um die Gebäude auch noch hinzuzählen,  
kann es auch ein gutes Projekt werden. Aber wie gesagt, wir würden uns auch freuen,  
wenn das nicht so schnell umgesetzt werden würde.

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.23).***

***Ende Fragestunde: 13.23 Uhr***